

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Herausgegeben von

Oberkirchenrat D. Dr. Hermann EHLERS · Präsident des Deutschen Bundestages · Stellvertretender Vorsitzender der CDU
und Dr. Robert TILLMANN, MdB · Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU

Bonn - Ende August 1953

1. Jahrgang - Nummer 7

I N H A L T

WIE HAT EIN CHRIST SICH BEI DER WAHL ZU VERHALTEN?.....	S. 1
OFFENE ANTWORT AUF OFFENEN BRIEF.....	S. 3
WELTFREMDHEIT UND REAKTION.....	S. 7
CHRISTLICHE POLITIK IN EVANGELISCHER SICHT.....	S. 9
DARF EIN CHRIST ZUR WAFFE GREIFEN?.....	S. 11
FALSCH ANWÄLTE EVANGELISCHER INTERESSEN.....	S. 15
POLITISCHER QUERSCHNITT.....	S. 16
LEGENDE (zum Nachdenken).....	S. 20
EIN BUCH, DAS WIR EMPFEHLEN	S. 21
UNS WIRD GESCHRIEBEN	S. 22
AN UNSERE LESER	S. 22

WIE HAT EIN CHRIST SICH BEI DER WAHL ZU VERHALTEN?

Zu dieser brennenden Frage stellte Propst D. Asmussen DD, Kiel, den Geistlichen seiner Propstei und ihren Mitarbeitern 14 Leitsätze zur Verfügung, die wir wegen ihrer grundlegenden Bedeutung für unsere Besinnung an den Anfang dieser Ausgabe stellen.

1. Wähle überhaupt! Durch Nichtwählen entziehst du der Entscheidung nicht. Christus hat gesagt: Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist.
2. Wähle eine der großen Parteien, auch wenn Wünsche übrig bleiben, die nicht erfüllt werden. Unser Gemeinwesen darf sich nicht aufsplintern.

Redaktion: Hans Strümpfel

Geschäftstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU · Bonn, Görresstraße 40, Ruf: 21131

3. Wähle niemals Kommunisten und ihre Helfer! In dieser Sache ist der christliche Glaube nicht neutral, sondern aus Liebe unerbittlich. Mit der organisierten Gottlosigkeit kann es keinen Frieden geben.
 4. Wähle, aber denke daran, daß das Heil der Seele nicht an Dingen hängt, welche den christlichen Glauben nicht berühren. Christen müssen bis an die Grenze des Möglichen Brüder bleiben wollen, auch wenn sie manche Dinge dieses Lebens verschieden beurteilen.
 5. Wähle möglichst nur Glieder christlicher Kirchen. Die Parteien sind dir Rechenschaft schuldig, welche ihrer Kandidaten einer christlichen Kirche angehören.
 6. Wähle aber nicht nur christliche Politiker, sondern wähle christliche Politik! Es ist niemandem geholfen, wenn christliche Politiker durch eine unchristliche Politik lahmgelegt werden.
 7. Es ist unchristliche Politik, welche die Kirchen weiter zu spalten versucht. Christliche Politik ist es, wenn christliche Politiker verschiedener Konfessionen um ihres Christentums willen zusammenarbeiten wollen.
 8. Es ist unchristliche Politik, diejenigen Staaten, in denen das Evangelium noch Raum hat, auseinander zu treiben oder einander fern zu halten. Christliche Politik ist es, zusammen zu bringen, was um der christlichen Sache willen zusammen gehört.
 9. Es ist unchristliche Politik, die Kirchen zu privatisieren und sie damit einzuengen. Christliche Politik ist es, den Kirchen diejenige Freiheit in Lehre und Arbeit zu lassen, welcher sie zur Ausrichtung ihres Dienstes bedürfen.
 10. Es ist unchristliche Politik, die Schulen der jeweilig herrschenden politischen Meinung auszuliefern. Christliche Politik ist es, das Recht Gottes und der Eltern am Kinde und das Recht des Kindes an sich selbst zu achten und durchzusetzen.
 11. Es ist unchristliche Politik, den wirtschaftlich Schwachen um des Besitzenden willen schwach zu halten oder aber ihn wirtschaftlich zu fördern unter der Bedingung, daß er seine Freiheit an eine Partei verkauft. Christliche Politik ist es, ihm eine Chance in Freiheit zu geben.
 12. Es ist unchristliche Politik, den von freien Wählern Gewählten einem Fraktionszwang zu unterwerfen. Christliche Politik ist es, auf die eigene Verantwortung des Gewählten in Freiheit zu drängen.
 13. Es ist unchristliche Politik, die staatliche Reglementierung des Lebens und die Verstaatlichung überhaupt fördern zu wollen. Christliche Politik ist die Bemühung um Verminderung, nicht um Vermehrung des Staatlichen.
 14. Es ist unchristliche Politik, um der verschiedenen Parteizugehörigkeit willen zu vergessen, daß wir alle in einem Schiff sitzen. Christliche Politik ist es, mit dem Nächsten auszukommen und nicht die mangelnde Liebe zum Nächsten durch desto lautere Liebe zum Fernsten zu verdecken.
-

OFFENE ANTWORT AUF OFFENEN BRIEF

von D. Dr. Hermann Ehlers

Sehr geehrter Bruder Wilm!

Auf Ihren Brief, den Sie an mich richteten und den ich in der Presse als „offenen Brief“ veröffentlicht finde, habe ich Ihnen folgendes zu antworten:

1. Ich habe gesagt, daß der Aufruf Niemöllers die Tatsachen entstelle. Er hat davon gesprochen, daß der bisherige Bundestag der Regierung ermöglicht habe, eine Politik zu treiben, die an der Meinung des Volkes achtlos vorübergegangen sei. Das ist eine Entstellung, denn: erstens ist der Bundestag vom Volk in freier Wahl gewählt und hat seine verfassungsmäßigen Pflichten während der Wahlperiode wahrzunehmen, und zweitens hat keine der in den letzten Jahren stattgefundenen Wahlen zu Landtagen und Kommunalparlamenten, sowie der Bundestagsnachwahlen ergeben, daß die von Niemöller ständig zitierte „Meinung des Volkes“ auch nur von einer ins Gewicht fallenden Minderheit vertreten wird; die Wahlen haben im Gegenteil die ständig wachsende Unterstützung der Regierungspolitik offenbar werden lassen.

Niemöller erklärt weiter, eine Befragung des Volkes sei mit formalen Einwänden abgelehnt worden. Diese „formalen“ Einwände waren der Hinweis auf die geltende Verfassung, bei deren Beratung von den verschiedensten Seiten die Einführung eines Volksentscheides aus guten Gründen abgelehnt worden ist. Man kann nicht einerseits sich auf die geltenden Bestimmungen der Verfassung berufen, wenn man etwa – wie Dr. Heinemann – eine Verfassungsbeschwerde wegen des Wahlgesetzes einreicht, andererseits aber diese Verfassungsbestimmungen, wenn sie einem nicht passen, als „formale Einwände“ abtun. Eine Verfassung gilt entweder ganz oder gar nicht.

Niemöller behauptet, daß die Aufklärung des Volkes über Presse und Rundfunk verhindert worden sei. Auch Sie wissen, daß kaum eine andere Persönlichkeit in der Presse wegen ihrer aus dem Rahmen fallenden Anliegen und Formulierungen so zu Worte kommt wie Martin Niemöller. Auch Sie wissen, daß wir jeden Tag unaufgefordert und kostenlos mit immer neuen Presseerzeugnissen aus dem Lager, das Niemöller und Heinemann näher steht als uns, überschüttet werden; ich nenne als Beispiel nur die „Deutsche Volkszeitung“ des Herrn Wirth. Auch Sie wissen, daß im Rahmen der Rundfunksendungen vor den Wahlen die Gesamtdeutsche Volkspartei die gleiche Gelegenheit hat, sich zu äußern, wie andere Parteien auch.

Und schließlich behauptet Niemöller, daß die Gegner der Regierungspolitik als getarnte Kommunisten diffamiert worden seien. Ich habe das nie getan und habe es, wo es geschehen sein mag, auch mißbilligt. Daß aber jetzt ein Zustand eingetreten ist, in dem Niemöller dazu aufruft, in der Gegnerschaft zur Regierung nicht nur mit den getarnten, sondern sogar mit den sehr offenkundigen Kommunisten zusammenzuarbeiten, und Heinemann das Wahlabkommen mit dem „Bund der Deutschen“ Dr. Wirth's geschlossen hat, läßt die Frage einer Vermischung der Argumente doch in einem neuen Licht erscheinen.

2. Ich habe den Vorwurf der Brunnenvergiftung in meiner Heidelberger Rede am 27. Juli

folgendermaßen begründet (diese Rede war wörtlich vorbereitet, darum brauche ich nur zu zitieren):

„Heute schreibt Herr Dr. Heinemann.... in der 'Stimme der Gemeinde':

'Für die Freiheit der evangelischen Verkündigung gerade auch unter einem uns wesensfremden politischen System kann mit Aussicht auf Vollmacht nur der eintreten, der dieses Evangelium eben nicht zu einem Instrument seiner Politik gegen jenes politische System zu machen bemüht ist. An dieser Stelle besteht eine entscheidende Differenz zwischen den evangelischen Christen, die für und die gegen die Politik des Bundeskanzlers sind, und anscheinend besonders gegenüber den katholischen Christen, die dem Bundeskanzler in das neue Reich Karls des Großen aus Franzosen, Italienern und Westdeutschen williger zu folgen bereit sind als evangelische Christen.'

Hierzu muß nun sehr deutlich geredet werden. Herr Dr. Heinemann nützt seiner Sache wenig, wenn er die Geschäfte seiner Partei damit zu besorgen wünscht, daß er den evangelischen Christen, die eine andere Auffassung vertreten als er, kurzerhand unterstellt, sie wünschten das Christentum als politische Waffe zu benutzen. Ich habe mich immer dagegen gewehrt, Heinemann deswegen abzutun, weil er eine andere Meinung als die der evangelischen CDU-Mitglieder vertritt, und andere Freunde haben das auch getan. Man darf daher von ihm selbst im Wahlkampf das Mindestmaß von Honorigkeit in der Auseinandersetzung erwarten, das die so oft zitierte Brüderlichkeit gebietet. Und ein zweites: Hier wird der Versuch gemacht - der sonst immer nur aus einer anderen Oppositionsecke kommt -, dem deutschen Volk einzureden, Adenauer wolle ja eigentlich nur ein katholisches Westeuropa, ihn interessiere die Wiedervereinigung nicht. Und das stellt Heinemann nicht als eine Eigenart Adenauers, sondern als Konzeption der katholischen Christen überhaupt hin. Ich verwahre mich für die evangelischen und katholischen Christen in der CDU gegen diese Brunnenvergiftung mit allem Nachdruck!"

Nach allen Flugblättern, die mir inzwischen von seiten der Gesamtdeutschen Volkspartei in die Hand gekommen sind, habe ich hier nichts abzuschwächen.

3. Sie wünschen Klarstellung zu einigen Punkten:

Sie beanstanden das Wahlgesetz, das es dem Gegenüber so undemokratisch schwer mache, für die kommenden Wahlen anzutreten. Heinemann hat wegen der Unterschriften beim Bundesverfassungsgericht obgesiegt; das sollte ihn veranlassen, die Rechtsstaatlichkeit nicht gar so heftig zu attackieren. Ich erinnere mich daran, daß Dr. Heinemann am 23. Juli 1949 zum Thema des Wahlgesetzes auf dem Heidelberger Schloß folgendes sagte:

„Warum vertritt die Sozialdemokratie so beharrlich das Listen-Wahlssystem, das Verhältniswahlssystem, dieses unglücklichste aller Wahlsysteme, das es gibt? Ich antworte: Weil der auf einer Parteiliste gewählte Abgeordnete zwangsläufig das willfährige Werkzeug seiner obersten Parteiführung wird. Denn er kommt ja nur auf die Liste, wenn die Parteiführung ihn daraufsetzt, und er kommt vor allen Dingen zum zweiten Mal, wenn später wieder gewählt wird, nur dann wieder auf die Liste, wenn er sich in der Zwischenzeit parteifromm und fraktionsgehorsam benommen hat. Das ist der entscheidende Grund, weshalb die Sozialdemokratie und die Kommunisten dieses Verhältniswahlrecht in Bonn mit Hilfe der Splitterparteien durchgesetzt haben.

Wenn aber erst in einer Partei die Führerdiktatur begonnen hat, liebe Freunde, dann haben wir sie später auch im Staat, wenn eine solche Partei die Mehrheit erringt."

Ich wäre dankbar, wenn derartige grundsätzlichen Erkenntnisse nicht aus neueren parteipolitischen Rücksichten so unter die Räder kämen, wie es heute leider bei der Gesamtdeutschen Volkspartei der Fall ist.

Sie nehmen weiter Bezug auf die 14 Punkte Asmussens zur bevorstehenden Bundestagswahl. Ich habe sie nicht veranlaßt. Zu ihrem Inhalt muß ich aber folgendes sagen:

Asmussen hat den Geistlichen der Propstei Kiel und ihren Mitarbeitern 14 Sätze übergeben, die - wie er sagt - „uns die Richtung angeben könnten für unsere Gespräche: Wie hat ein Christ sich bei der Wahl zu verhalten?“ Sie versuchen, die Argumentation Asmussens dadurch zu einer parteipolitischen zu machen, daß Sie einen 15. Satz: „Darum muß ein Christ CDU wählen“ einfach unterstellen. Diesen Satz hat Asmussen nun aber gerade nicht gesagt. Mich würde nur überzeugen, wenn Sie mir an einem einzigen Punkt nachweisen würden, daß das, was Asmussen als christliche oder unchristliche Politik kennzeichnet, falsch dargestellt ist. Wollen Sie leugnen, daß es gut wäre, wenn das, was Asmussen als christliche Politik ansieht, sich in jeder Partei bei uns verwirklichen ließe? Daß Sie die Folgerung: Wähle CDU! als das natürliche Ergebnis der Sätze Asmussens ansehen, ist vielleicht ein Beweis dafür, daß Sie die Verwirklichung seiner Gedanken nicht bei allen Parteien für selbstverständlich halten. Vielleicht stoßen Sie sich auch an dem Wort „christliche Politik“. Wir haben ja von vielen Theologen gehört, daß es zwar christliche Politiker geben könne und müsse, daß es aber keine christliche Politik gebe. Hier hört mein Verständnis auf. Ich möchte, daß christliche Politiker und Pastoren sich nicht nur in theoretischen Erwägungen verlieren, was man tun könnte, sondern daß sie ihre christliche Verantwortung in konkrete politische Handlungen umsetzen. Und das würde ich christliche Politik nennen.

Besonders angetan hat es Ihnen nach Ihrer Zusammenstellung offensichtlich der Satz: „Wähle eine der großen Parteien.“ - Wir haben das, was Heinemann zu der zerstörenden Wirkung des Verhältniswahlrechts, nämlich der Zersplitterung der Parteien, 1949 gesagt hat, in Erinnerung behalten.

Und bedenklich erscheint Ihnen offenbar auch, wenn zur Zusammenarbeit von Politikern verschiedenen Bekenntnisses um ihres Christentums willen aufgerufen wird. Sie braucht nicht nur in der CDU zu erfolgen, sie besteht sogar in mehreren Parteien. Nachdem uns aber ein Flugblatt aus dem Büro des Pastors Mochalski, von dem Dr. Heinemann auf meine ausdrückliche Anfrage hin nicht abgerückt ist, folgendes sagt:

„Evangelische Christen, beantwortet euch selbst die Frage: Können diese katholischen Politiker, die mit dem katholischen Kleineuropa das Reich Karls des Großen wiederherstellen wollen, ein Interesse daran haben, uns wieder mit den 16 Millionen evangelischer Brüder und Schwestern hinter dem Eisernen Vorhang zusammenzuführen? Oder wird den katholischen Zielen die evangelische Bevölkerung Ostdeutschlands geopfert? Evangelische Christen, es wird höchste Zeit, aufzuwachen und aus dieser Entwicklung die Konsequenzen zu ziehen. Gerade wer den konfessionellen Frieden will, ist mit jedem gläubigen Katholiken, der sich gegen den politischen Mißbrauch seines Glaubens wehrt, darin einig, daß dem politischen Katholizismus der CDU bei den kommenden Wahlen ein Ende gemacht werden muß!“ - werden wir den Weg der Zusammenarbeit der Christen beider Bekenntnisse in der CDU um so konsequenter gehen.

Ich wundere mich, daß Sie zwar gegen die Besinnung auf eine christliche Verantwortung in der Politik die größten Bedenken haben, daß Sie es aber keineswegs beanstanden, wenn in einem Blatt, das sich „Stimme der Gemeinde“ und „Monatsschrift der Bekennenden Kirche“

nennt, in e i n e r Nummer (vom Juli 1953) ein Leitartikel von Dr. Heinemann „Schluß mit der Bonner Politik“, ein Aufsatz von Pastor Mochalski „Das Signal zur Wiedervereinigung“, ein Aufsatz von Heinz Krämer „Der Fluch der Anonymität / Zu den Unruhen in Berlin“, ein Aufsatz von Adolf Scheu „Wir brauchen neue Männer“ mit dem Untertitel „Die Politik Adenauers ist gescheitert“, die Ansprache Niemöllers auf der Tagung des Weltfriedensrates in Budapest und eine Presseschau unter der Überschrift „Unter der Führung des Katholiken McCarthy“ erscheinen. Diese Herabwürdigung eines Blattes, das sich den Anschein einer Zeitschrift der Bekenntenen Kirche gibt, zum Propagandaorgan der GVP und des „Bundes der Deutschen“ finden Sie, verehrter Bruder Wilm, anscheinend unbedenklich, da Sie – wie Sie mir berichten – zu einem in der „Evangelischen Verantwortung“ veröffentlichten Artikel von mir in der „Stimme der Gemeinde“ Stellung nehmen.

Die erwähnte Juli-Ausgabe der „Stimme der Gemeinde“ bringt zum Schluß auch eine Würdigung Ihrer Äußerungen von 1935 bis 1953, wie sie in dem Buch „So sind wir nun Botschafter“ enthalten sind. Diese Würdigung erfolgt unter der Überschrift „Menschenruhm oder Gottes Ehre?“. Ihnen wird dort bescheinigt, daß Diplomatie und Politik nicht die geringste Rolle gespielt hätten. So kenne ich Sie aus dem Kirchenkampf! Heute sind Sie, fürchte ich, in der Verteidigung einer bestimmten Politik auf andere Wege gelangt. Wie vermögen Sie Asmussen Worte an seine Geistlichen und alle Evangelischen vorzuwerfen, wenn Sie offenbar keine Bedenken dagegen haben, daß Pfarrer Ihrer Kirche sich als die geborenen Ortsgruppenleiter der Gesamtdeutschen Volkspartei verstehen?

Sie fragen mich nach dem Verhältnis der politischen Festlegung von Dibelius und Pautke auf der einen und von Niemöller auf der anderen Seite. Ich frage Sie: Haben Sie ein einziges Mal gehört, daß Dibelius als Bischof unter einem politischen Vorzeichen so pro oder contra gesprochen hat, wie Niemöller das laufend tut? Ich kämpfe ja gerade darum, daß auch der geistliche Amtsträger der Kirche sich eine eigene politische Meinung bildet und nicht in eine bequeme vorgeschützte Neutralität flüchtet. Ich bin aber andererseits der Auffassung, daß die Vertretung dieser Meinung nach Form und Inhalt vom Amt und von seiner Gesamtverantwortung her bestimmt sein muß. Es ist mir sehr recht, daß Sie auf D. Gerstenmaier, Kunze, Dr. Tillmanns und mich Bezug nehmen. Auch wir vertreten unsere Meinung nicht nur als Politiker, sondern gleichermaßen als evangelische Christen. Aber wir haben eben den für die Öffentlichkeit und die Kirche wesentlichen Abstand hergestellt, der die Gewähr gibt, daß nicht jemand unsere Meinung als d i e Meinung d e r Kirche mißzuverstehen genötigt ist. Tillmanns hat überhaupt kein kirchliches Amt, Gerstenmaier und ich haben uns – unter Verzicht auf die kirchlichen Bezüge – aus dem kirchlichen Dienst beurlauben lassen, und über Kunzes Stellung in Bethel wissen Sie ja selbst am besten Bescheid.

Ich werde wie bisher für die Freiheit evangelischer Christenmenschen, sich ihre eigene politische Meinung zu bilden und sie auch zu äußern, eintreten. Ich fürchte nur, Sie übersehen, in wie starkem Maße heute die Gefahr besteht, daß man eine aus nüchternen politischen Erwägungen zu gewinnende Ansicht für die häufig genug wenig unterrichteten Pfarrer und Gemeindeglieder dadurch attraktiver zu machen sucht, daß man sie als die Meinung der Bekenntenen Kirche und die Meinung der Evangelischen überhaupt ausgibt, wie etwa in dem schon zitierten Flugblatt Mochalski's zugunsten der

Gesamtdeutschen Volkspartei: „Keine evangelische Stimme der katholischen CDU!“

Ich bitte Sie, uns zu helfen bei der Abwehr einer falschen Verwendung von Bibelworten oder christlichen Zitaten, wie sie zum Beispiel in Wuppertal durch einen Pfarrer mit dem Hinweis erfolgte: alle Parteien stellten politische und taktische Erwägungen an, die einzigen, die Politik aus Glauben trieben, seien die Leute der Gesamtdeutschen Volkspartei, denn sie hielten es mit dem Satz: „Ein Mann mit Gott ist immer in der Majorität.“ Ich hoffe, alle Hörer haben gemerkt, daß dieser Satz wenigstens nicht in der Bibel steht. Und ich halte diesen Pfarrer für einen Mann, der einen im Glauben oft richtigen Satz auf Dinge anwendet, bei denen er nichts zu suchen hat. Sie werden auch jemanden nicht für einen besonders christlichen Hausvater halten, der sagt: „Ich bringe keinen Blitzableiter an, denn Gott wird mich schützen.“ Wir haben in der Politik die Aufgabe, Blitzableiter anzubringen. Unsere Brüder in der Kirche sollten uns das nicht gar zu sehr erschweren, selbst wenn sie über den Ort, wo er jeweils hingehört, verschiedener Meinung sind.

Mit freundlichem Gruß
Ihr gez. Ehlers

WELTFREMDHEIT UND REAKTION

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die bekannte Wochenzeitung „Christ und Welt“ in ihrer Ausgabe Nr. 30 vom 23. Juli die folgenden beachtenswerten 12 Punkte, in denen zum Wahlauf Ruf Martin Niemöllers und zum Wahlbündnis der Gesamtdeutschen Volkspartei Dr. Heinemanns mit dem Bund der Deutschen (siehe „Evangelische Verantwortung“ Nr. 5/6 – S. 2) klar und eindeutig Stellung genommen wird:

1. Kirchenpräsident Niemöller hat sich mit seinem Aufruf unmißverständlich auf die Ebene der tagespolitischen Auseinandersetzung begeben. Es ist das erste Mal, daß der Oberhirte einer deutschen evangelischen Landeskirche diesen Schritt tut. Was in Zukunft zu besprechen ist, das ist also nicht mehr mit dem Kirchenführer, sondern mit dem Tagespolitiker Martin Niemöller zu besprechen.
2. Das „Anti“ der neuen Gruppenbildung richtet sich nicht nur gegen Adenauer, die CDU oder die heutige Regierungskoalition. Es richtet sich auch gegen die SPD, also auch gegen die Opposition. Es richtet sich damit gegen alle Parteien mit Ausnahme der KPD. Das rückt den Satz Niemöllers, die bisherige Politik sei an der Meinung des „Volkes“ achtlos vorübergegangen, in ein besonderes Licht.
3. Die dauernden Hinweise, Wiedervereinigung und Frieden fänden unter dem „Kanzler der Alliierten“ keine Vertretung – weshalb es, wie der Pressedienst der Organisation Dr. Wirth's sagt, höchste Zeit sei, daß „das deutsche Volk einen deutschen Kanzler bekommt, der seine Interessen besser zu wahren weiß“ – , sind unfair und demagogisch. Es ist einfach eine Verleumdung, der Bundesregierung Sabotage der Wiedervereinigung und des Friedens nachzureden.

4. Die klare Tatsache, daß die deutsche Spaltung ein Werk des Kreml und nicht ein Werk der westlichen Politik ist und daß sie nur ein kleines Teilstück einer umfassenden politischen Konzeption des Politbüros, nämlich der planmäßigen Sabotage westlicher Erstarkung und Integration darstellt, wird verschwiegen oder geleugnet.
 5. Die Tatsache, daß die Fortschritte auf eine erfolgverheißende Diskussion der Deutschlandfrage hin ein Ergebnis der bisherigen westlich orientierten deutschen Politik sind, wird bewußt verschwiegen.
 6. Das Eigengewicht Deutschlands in der heutigen weltumspannenden Auseinandersetzung wird naiv überschätzt. Es wird übersehen, daß wir überhaupt nur bei westlicher Unterstützung Aussicht haben, mit unseren speziellen Wünschen gehört zu werden.
 7. Es liegt ein besonders bestürzender Unernst darin, daß genau so weitergeredet wird, als seien der 17. Juni und die folgenden Ereignisse in Mitteldeutschland überhaupt nicht geschehen oder als seien sie so belanglos, daß sie keinen Anlaß zum Umdenken alter Konzeptionen böten.
 8. Es ist eine äußerst naive Meinung, Deutschland könnte mittels kleiner Gutwilligkeiten und Konzessionen einen wirklichen Umschwung in der großen außenpolitischen Linie des Kreml herbeiführen. Zu mehr als kleinen Gutwilligkeiten aber, das heißt zum Zahlen eines großen Preises an die Russen, hat Westdeutschland allein gar keine Möglichkeit.
 9. Das unangefochtene reaktionäre Weiterdenken in den politischen Kategorien des 19. Jahrhunderts mit dem auf sich selbst gestellten bewaffneten Nationalstaat als Leitbild der Politik ist erschreckend wirklichkeitsfern und unnüchtern. Es ist ein Rückfall in das nationalistische Denken alter Schule.
 10. Besonders beunruhigend ist das vollständige Fehlen einer Vorstellung von den politischen Notwendigkeiten unseres Jahrhunderts, deren erste die Überwindung der Nationalstaaten durch den europäischen Zusammenschluß ist, weil keines von den politischen Problemen unserer Zeit, am allerwenigsten das soziale, noch auf nationalstaatlicher Basis zu lösen ist.
 11. Sonderbar undurchdacht ist die Meinung, daß echte Neutralität, das heißt eine freischwebende Existenz außerhalb der Weltpolitik, für ein Land wie das unsere möglich sei, das zu klein ist, um allein auf sich selbst gestellt zu leben, und zu groß, um ein nebensächlicher Faktor zu sein, der niemanden interessiert.
 12. Ausgesprochen unfair ist die fortwährende Unterschiebung, das Niemöller-Heinemann-Wirth-Programm sei ein christliches und darum jedes andere ein minder christliches oder unchristliches, obwohl doch vollkommen deutlich ist, daß es in Wirklichkeit um die rein politische Einschätzung jener Faktoren geht, die zu einem realen Frieden führen können, und nicht um christliche Inhalte oder Aufgaben.
-

CHRISTLICHE POLITIK IN EVANGELISCHER SICHT

von Manfred Luda

Der unheilvolle Gang der deutschen Geschichte in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts und die Erlebnisse und Erfahrungen, welche die nationalsozialistische Zeit unserer Generation vermittelte, haben bewirkt, daß die politische Entwicklung der Nachkriegszeit von einem gänzlich neuen Begriff geprägt worden ist: der „Politik aus christlicher Verantwortung“.

Es liegt in der Natur des politischen Lebens begründet, daß die Konkretisierung dieses Begriffes, der politische Zusammenschluß evangelischer und katholischer Christen in der CDU/CSU, sich von Anfang an vielfachen Argumentationen gegenüber sah, die gegen Namen, Inhalt und Ziel der neuen Bewegung gerichtet waren. Diese Angriffe wurden aber zunächst fast ausnahmslos von außen gegen sie vorgetragen, d. h. aus solchen Kreisen heraus, an welche der Appell der CDU/CSU aus ideologischen Gründen ohnehin nicht gerichtet war. Erst nachdem sich die Betätigung der politischen Parteien von der Theorie mehr zur Praxis hatte verlagern können, erhoben manche evangelische Stimmen grundsätzliche Einwendungen gegen die neue Partei. Diese Stimmen sind zum Teil heute noch nicht verstummt. Ihre Wortführer sind D. Niemöller und Dr. Dr. Heinemann. Heinemann war Mitbegründer der CDU und als seinerzeit überzeugter CDU-Politiker eine Zeit lang Bundesinnenminister. Niemöller hat nach eigenen Angaben in den ersten Nachkriegsjahren die CDU gewählt. Es verdient also festgehalten zu werden, daß beiden grundsätzliche Bedenken erst sehr spät gekommen sind.

Ihre Argumente haben zum Inhalt, daß Christus nicht um innerweltlicher Ziele willen am Kreuz gestorben sei, sondern nur für den Menschen. Daher dürfe es dem Christen auch nur um den Mitmenschen gehen. Die Welt könne diesem den Frieden nicht geben. Der Frieden unter den Menschen wachse nur aus dem Frieden des Einzelnen mit Gott. Der Weltfrieden wäre gesichert, wenn jeder Einzelne seinen Frieden mit Gott gefunden hätte.

So wahr und so wertvoll das alles ist, so unverständlich sind jedoch die Folgerungen, die dann aus diesen Thesen zur Frage einer „christlichen Politik“ gezogen werden: Es gehe also um den Menschen, nicht um „innerweltliche Ziele“, nicht um das „christliche Abendland“, um eine „christliche Kultur“. „Für das christliche Abendland hätte Gott nie seinen einzigen Sohn geopfert“ (Niemöller). „Hört uns auf mit dem Unsinn von der christlichen Weltanschauung.“

Gewiß steht hinter solchen Meinungen oft auch die Besorgnis, daß in einer christlichen Politik leicht eine bloße Weltanschauung die einzige Richtschnur des Christen, die göttlichen Gebote, verdrängen könnte und das eigentlich Christliche verweltlicht würde. Ein derartiges Motiv ist natürlich durchaus beachtenswert. Da aber der Gefahr einer Verweltlichung bei wirklich ehrlichem Wollen erfolgreich entgegengewirkt werden kann, kommt diesem Bedenken grundsätzliche Bedeutung nicht zu.

Schließt denn wirklich wahres Christsein unser Ideal einer christlichen Politik aus? Steht es dem entgegen, daß wir die ererbten christlichen Werte, das christliche Abendland zu erhalten suchen? (Die Vokabel „christliche Weltanschauung“ kennt die Programmatik der CDU/CSU übrigens gar nicht.)

Natürlich hätte Gott nie für das christliche Abendland seinen Sohn geopfert, aber wer behauptet denn auch so etwas! Christus ist den Kreuzestod sicherlich auch nicht um der körperlichen und geistigen Gesundheit der Menschen, um der materiellen Not der Flüchtlinge und aller anderen sozial Schwachen willen gestorben. Trotzdem aber betreibt die Kirche Diakonie in den Krankenhäusern, in den Flüchtlingslagern, in den Elendsquartieren. Trotzdem sagt sie Ja zu Bethel, zu Volmarstein und zu der Vielzahl ähnlicher Anstalten. Und sie tut es mit Recht, denn ihr ist die Aufgabe gesetzt, „Salz der Erde“ und „Licht der Welt“ zu sein.

Doch nicht nur die Kirche, jeder einzelne Christ hat diese Aufgabe. Uns allen gilt die Lehre und die Mahnung aus dem Gleichnis von der Barmherzigkeit. Wir alle haben als Christen denen zu helfen, die „unter die Mörder gefallen“ sind, denen, die sich in der Härte des Existenzkampfes nicht behaupten können, denen, die in Not geraten sind. Es genügt aber nicht, diese Hilfe karitativ zu leisten; Hilfe bedeutet nicht nur Unterstützung, sondern auch Abhilfe. Sie erfordert daher Arbeit auf breitester Basis und Arbeit vom Grundsätzlichen her, also politische Arbeit. — Jedoch nehmen wir es ruhig auch wörtlich: War nicht unser ganzes Volk „unter die Mörder gefallen“, blutet es nicht heute noch aus den Wunden, die es dabei erlitt, lebt nicht auch heute noch ein großer Teil unserer deutschen Brüder „unter Mördern“? Der Lehre des Gleichnisses folgen, heißt hier gewiß nicht nur: Pakete verschicken, sondern zugleich: als Christ politisch mitwirken, damit die Wunden heilen und die Fesseln fallen.

Natürlich erhebt sich dann häufig die Frage, ob es für dieses oder jenes politische Problem eindeutig nur eine ganz bestimmte christliche Lösung gibt; und oft ist diese Frage zu verneinen. Auf die grundsätzlichen Probleme der Politik gibt es aber für jeden Christen stets nur eine Antwort, und das ist das Entscheidende. Christliche Politik ist eine Realität, „denn es gibt nicht nur Christen und Unchristen, sondern es gibt auch christliche Ordnungen und unchristliche Ordnungen“ (Asmussen).

Ebenso unverständlich wie die grundsätzliche Ablehnung einer christlichen Politik durch einzelne evangelische Politiker erscheint ihre Geringschätzung dessen, was man allgemein mit christlicher Überlieferung, christlicher Sitte, dem christlichen Abendland u. dgl. zu bezeichnen pflegt. Es ist richtig, daß alles das nicht den Kern des Christentums ausmacht. Deshalb brauchen diese Dinge aber doch nicht freiwillig preisgegeben zu werden. Für eine Vielzahl von Menschen, die ein echtes Verhältnis zum Christentum nicht mehr besitzen, bedeuten sie nämlich immerhin einen letzten Konnex. Geht auch diese Bindung verloren, dann wird damit die Möglichkeit, daß solche Menschen künftig einmal zum Christentum zurückfinden, entscheidend gemindert. Die an sich nur peripheren Dinge sind für viele Abseitsstehende eine Saat, auf die wir alle hoffen sollten, und die bei manchen sicher einmal aufgehen wird.

Dies alles übersieht man und lebt allein der Verheißung, daß es immer eine christliche Gemeinde geben wird. Daher werde auch eine Bolschewisierung Europas das Glaubensleben nicht ertönen können. Im übrigen sei hier im Westen durchaus nicht alles gut und im Osten durchaus nicht alles böse. Genau betrachtet habe der eine dem anderen nichts vorzuwerfen; und ob der Koreakrieg durch den Einmarsch der Kommunisten in

Südkorea vom Zaune gebrochen worden sei, das sei noch sehr fraglich, denn es gäbe auch Mittel, einen solchen Einmarsch unauffällig zu provozieren.

Kann eine Kritik bei solcher Argumentation noch überzeugen? – Die Verheißung kennen auch wir. Von ihr lebt unser Glaube. Unser Handeln aber wird durch die an uns gerichteten Gebote und somit vor allem auch durch den Missionsbefehl der Bibel bestimmt. Es entspricht heute allgemeiner Auffassung, daß dieser Befehl sich nicht nur auf unser Verhältnis zu den Heiden in fremden Ländern, sondern auch auf dasjenige zu den Nichtchristen und Unchristen im eigenen Lande und im „christlichen“ Europa bezieht. Und er gebietet uns, nicht nur Missionar zu sein, sondern – logischerweise – auch dafür Sorge zu tragen, daß die politischen Verhältnisse eine Mission überhaupt ermöglichen, daß die staatliche Ordnung das religiöse Leben nicht beeinträchtigt, sondern es weitgehend fördert. Es ist aber unbestreitbar, daß die christlichen Kirchen in der Bundesrepublik größtmögliche Freiheit genießen, während sie überall im Osten bekämpft und in ihren Möglichkeiten, die christliche Lehre zu bewahren und weiterzuverbreiten, eingeschränkt werden. Bei dieser Lage der Dinge ist es offensichtlich, daß der Missionsbefehl den Christen zu einer klaren Entscheidung zwingt, und daß dieses Votum nur für den Westen ausfallen kann.

Setzen wir also unsere so erfolgreich begonnene Politik fort und seien wir weiterhin darauf bedacht, unserem Volke die christliche Kultur und der Welt das christliche Abendland zu erhalten, damit die christliche Gemeinde, die es immer geben wird, imstande bleibt, ihren Aufgaben gerecht zu werden und Licht der Welt und Salz der Erde zu sein.

DARF EIN CHRIST ZUR WAFFE GREIFEN?

von Paul Bausch, MdB

Die Bundesregierung will den Artikel 4/Absatz 3 des Grundgesetzes respektieren. Wer sich nicht aus einem gewissenlosen, egoistischen Ohne-mich-Standpunkt, sondern aus echter Gewissensbindung heraus weigert, eine Waffe zu tragen, sich aber im übrigen mit seinem Volk in echter Dienst- und Opferbereitschaft solidarisch verbunden weiß, hat nach dieser Verfassungsbestimmung Anspruch auf Anerkennung und Berücksichtigung seiner Überzeugung. Er soll nicht zum Waffendienst gezwungen werden.

So wichtig es indessen ist, das Gewissen zu respektieren, so ist aber andererseits jedem Einsichtigen völlig klar, daß damit noch nicht der geringste Beitrag zur Lösung des politischen Problems geleistet wird, um das es sich heute handelt. Der landläufige Pazifismus, den es zwischen 1918 und 1933 in Deutschland gab, ist ungeachtet der tapferen Haltung vieler seiner Träger völlig verpufft. Der Nationalsozialismus kam trotzdem zur Herrschaft. Er erzwang mutwillig den zweiten Weltkrieg. Auch in Zukunft wird eine Haltung, die sich in der Beteuerung der friedlichen Gesinnung und in Kriegs-

dienstverweigerung erschöpft, keine echte politische Lösung für unser Volk bedeuten und damit fruchtlos und sinnlos bleiben. Wenn den Christen unserer Zeit nichts Besseres zur Sicherung des Friedens einfällt, werden sie in unserem Volk nicht als ein Licht und als ein Salz wirken und nichts Ernsthaftes für den Frieden tun können.

Wie ist denn die Situation? – Der totalitäre Weltkommunismus hat sich zum Ziel gesetzt, was am Grabmal Lenins in Moskau in Stein gehauen zu lesen ist: „Wir verwandeln die Welt! Wir erobern die Welt!“ Den Machthabern im Kreml ist es damit bitterer Ernst. Seit 1939 hat der Weltkommunismus Länder mit insgesamt 574 844 000 Einwohnern unter seine Sklavenherrschaft gebracht. Der Angriff geht weiter. Wer das nicht sieht, ist blind. Die grauenhafte Gefahr irgendwie zu verharmlosen, wie dies häufig geschieht, ist dem Christen nicht gestattet. Eine nüchterne Betrachtung der Lage ist geboten. Wenn wir uns heute in der Bundesrepublik noch offen und frei über solche Fragen unterhalten können, so doch nur deshalb, weil amerikanische Soldaten – die zumeist Christen sind – mit der Waffe in der Hand auf deutschem Boden stehen. Dies zu übersehen, wäre unaufrichtig. Von den führenden Männern der evangelischen Kirche und von allen evangelischen Christen muß daher gefordert werden, daß sie eindeutig Stellung beziehen.

An die Regierung der Bundesrepublik aber tritt gebieterisch die Frage heran, was ihre Antwort auf den Alleinherrschaftsanspruch des Kommunismus über die ganze Welt ist. Der einzelne Christ und der einzelne Staatsbürger können diese Antwort nicht geben. Das Amt der Obrigkeit muß in Funktion treten. Die ganze Weisheit der Staatsmänner ist notwendig, um eine fruchtbare und sinnvolle Lösung zu finden. Wiederaufrüstung für sich allein betrachtet, ist keine Antwort auf den Bolschewismus. Als ich Professor Iwand, Göttingen, fragte, wie er sich die Anwendung seiner Parole „Waffenlos in Gottes Hand“ auf die Bundesrepublik denke, erklärte er mir, daß dieses Wort selbstverständlich kein Prinzip für die politische Führung der Bundesrepublik darstellen könne. Auch in dem Rezept des gewaltlosen Widerstandes, das Gandhi für Indien gab, kann die Antwort nicht liegen. Vor wenigen Monaten traf ich im Bonner Bundeshaus einen langjährigen Mitarbeiter von Mahatma Gandhi, der wegen seines gewaltlosen Widerstandes 20 Jahre in englischen Gefängnissen zugebracht hat und heute zu den führenden Männern des indischen Kongresses gehört. Ich richtete die Frage an ihn, ob er glaube, daß das Prinzip des gewaltlosen Widerstandes sich von Deutschland zur Abwehr der ihm drohenden Gefahren anwenden lasse. Ohne Zögern erwiderte er, Gandhi habe auch nicht einen Augenblick daran gedacht, den Gedanken des gewaltlosen Widerstandes im Hinblick auf die weltpolitischen Auseinandersetzungen zwischen den Völkern zu proklamieren. Er habe diese Methode nur für die Auseinandersetzung zwischen seinem Volk und der englischen Kolonialherrschaft empfohlen und angewandt. Sein Nachfolger habe deshalb auch zum Schutze seines Landes eine indische Wehrmacht aufgebaut.

So ist es nach unserer heutigen Erkenntnis offenkundig, daß die Antwort auf den Weltkommunismus nur in einem sorgfältig abgewogenen System vom gemeinsamen, auf den Frieden gerichteten Maßnahmen der Regierung der Bundesrepublik und der freien Völker des Westens liegen kann. Diese hier im einzelnen zu erläutern, ist nicht möglich. Es soll nur auf folgende Punkte hingewiesen werden:

Die Bundesrepublik muß als erste und wichtigste Maßnahme ihre Vergangenheit bereinigen und mit denjenigen Frieden schließen, die bereit sind, ihr den Frieden zu gewähren. Das ist der Sinn der vom Deutschen Bundestag am 19. März dieses Jahres in dritter Lesung mit großer Mehrheit gebilligten Vertragswerke. Das Besatzungsstatut, das in Paragraph 3 den Hohen Kommissaren bis zum heutigen Tag das Recht gibt, jederzeit durch eine einseitige Erklärung die Ausübung der Gewalt wieder ganz oder teilweise zu übernehmen, wenn sie dies für unerläßlich erachten, muß verschwinden. Die Bundesrepublik muß möglichst bald ihre volle Souveränität wiedererlangen und damit in die Lage versetzt werden, über alle lebenswichtigen Fragen selbst entscheiden zu können.

Zweite Antwort auf den Weltkommunismus ist die Schaffung einer neuen politischen Gemeinschaft in Europa. „Ein geeintes Europa, das sich auf christlichen Grundsätzen neu erbaut, ist heute unsere einzige Hoffnung für eine friedliche Entwicklung unserer Welt und deshalb die einzig mögliche konstruktive politische Idee“ (D. Martin Niemöller im Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 1. August 1947. Dieser Satz umreißt klar und eindeutig das außenpolitische Ziel der Bundesregierung.

Eine dritte Antwort auf den Weltkommunismus ist die grundlegende Erneuerung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur unseres Landes. Daß damit in den letzten vier Jahren ein Anfang gemacht wurde, kann nicht bestritten werden. Daß mit dieser Entwicklung eine geistige Erneuerung Schritt halten muß, ist offenkundig.

Wenn diese Politik geduldig und konsequent fortgesetzt wird, besteht nach meiner Überzeugung begründete Aussicht darauf, eines Tages die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der Sowjetzone durch freie Vereinbarungen zu erreichen. Nur dieser Politik ist es jedenfalls zu verdanken, daß die Dinge im Osten jetzt in Bewegung gekommen sind.

Es ist nun aber nicht nur unser gutes Recht, sondern auch unsere Pflicht, das Werk des friedlichen Aufbaues nach außen hin abzuschirmen und zu sichern. Wenn Chamberlain seinerzeit in München im Namen der geeinten und starken westlichen Völker Hitler eindeutig erklärt hätte, daß diese Mächte entschlossen seien, jeder Aggression mit den gleichen Mitteln entgegenzutreten, so wäre der zweite Weltkrieg nie gekommen. Die Sicherung unserer friedlichen Aufbauarbeit geschieht in der zuversichtlichen Hoffnung, daß damit ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West hergestellt und der Frieden für lange Zeit erhalten werden kann. Es ist nicht wahr, daß jede Rüstung zum Kriege führt. Unzählige Kriege sind nur deshalb vermieden worden, weil kriegslüsterne Machthaber das Risiko eines Krieges fürchteten. Nur ein politisch einig, sozial erneuertes und militärisch geschütztes Europa wird uns Frieden und Freiheit bewahren.

Eine solche Konzeption der Staatsführung kann von dem evangelischen Christen mit gutem Gewissen verantwortet werden. Wer keine bessere Zielsetzung hat, muß sie bejahen. Der Christ ist Bürger zweier Reiche, des Reiches Christi und des Reiches der Welt. Er darf sich – auch im Einzelfall – nicht in allzu billiger Weise der Spannung entziehen, in die er durch diese Situation gestellt ist. Das hieße die Bibel und die Reformation lächerlich machen. Nach christlich-reformatorischer Auffassung ist es die oberste Pflicht einer Staatsführung, dem Volke Frieden und Freiheit zu sichern.

Um eine solche Staatsführung zu kämpfen und an einer solchen Staatsführung mitzuwirken, sind nach Luther die Christen vor allen anderen berufen. Die 5. These der Barmer Erklärung vom 31. Mai 1934 hat folgenden Wortlaut:

„Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen.“

Martin Niemöller, der an der Erarbeitung dieser These der ersten Bekenntnissynode der evangelischen Kirche in Barmen maßgeblichen Anteil hatte, erklärte am 27. 8. 1935 auf der Evangelischen Woche in Hannover:

„Es ist eine gefährliche und unverantwortliche Utopie, wenn wir so tun wollten, als lebten wir in einer Welt des Friedens.... Gott hat die von ihm geschaffene und von ihm abgefallene Welt unter das Gesetz gestellt und der Obrigkeit den Befehl gegeben, das Gesetz zu hüten und dem Bösen zu wehren.... Und so hat die weltliche Macht des Staates auch das Leben des Volkes zu schützen und notfalls mit der Waffe, die ihr gegeben ist, zu verteidigen; und wir sind ihr zu dem Dienst verpflichtet, den sie dazu von uns fordert.... Jedenfalls ist es heute nicht nur erlaubt, sondern geboten und notwendig, daß ein Staat, der den Auftrag hat, ein großes Volk vor dem Unrecht zu schützen, dafür Sorge trägt, daß er, für den Fall, daß alle anderen Mittel nicht mehr ausreichen, über eine Wehrmacht verfügt, die eine Warnung darstellt an alle, die sich mit bösen Plänen tragen, und die nötigenfalls einem Angriff auf Recht und Leben der Nation kämpfend begegnen kann.... Wir sehen in dem wiedererstandenen Wehrwillen unseres Volkes und Staates eine Rückkehr in die harte Wirklichkeit einer Welt, die keinen wahren Frieden kennt und dem Übel immer nur wehren, aber es nicht fortschaffen kann; und wir sehen in dem wehrhaften Mann, der die Waffe trägt im Dienste der Nation, den christlichen Bruder, dem mitten in seinem weltlichen Amt die frohe Botschaft von Jesus Christus gilt.“

Das sind auf das christlich-reformatorische Bekenntnis gegründete Worte über die Schutz- und Verteidigungsaufgaben des Staates. Ob es richtig war, der Regierung Hitler eine Wehrmacht zuzugestehen, mag hier unerörtert bleiben. Wir haben heute kein Regiment von brutalen und gewissenlosen Herrenmenschen. Wir haben eine frei gewählte, von freien Vertretern des Volkes und einer frei gebildeten öffentlichen Meinung kontrollierte Regierung. Ihre Politik dient dem Frieden, der Freiheit und der Wohlfahrt des Volkes. Sie will eine Verteidigung nur gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn aufbauen und schon dadurch jeden Mißbrauch, der aus falschem nationalistischen Streben erwachsen könnte, verhindern. Es ist unsere Pflicht, sorgfältig und mit der ganzen Hingabe unseres Herzens darüber zu wachen, daß diese Politik nicht auf falsche Wege geleitet wird. Es ist aber auch das Recht jedes deutschen Mannes und jedes Christenmenschen, an der Sicherung einer solchen Politik mitzuwirken. Wer das aus christlichem Verantwortungsbewußtsein tut, verläßt sich nicht auf „Wagen und Rosse“. Er weiß um die Wahrheit des Wortes: „Wo der Herr nicht das Haus baut, arbeiten umsonst, die daran bauen. Wo der Herr nicht die Stadt behütet, wachen die Wächter umsonst.“ Gott will, daß wir das Haus bauen. Gott will, daß wir Wächter bestellen, die es schützen. Er will aber auch, daß wir unsere Hoffnung und unser Vertrauen einzig und allein auf ihn setzen.

„BEWAHRE MICH VOR MEINEN FREUNDEN . . . "

Falsche Anwälte evangelischer Interessen

Die evangelischen Christen scheinen Freunde gefunden zu haben, die sich ihrer Anliegen sehr tatkräftig annehmen.

Da ist zum Beispiel Bundesjustizminister Dr. Thomas Dehler. Er eröffnete am 27. Mai in Frankfurt den Wahlkampf der FDP. Dabei polemisierte er nicht nur gegen den Sozialismus, sondern auch (obgleich selbst katholisch) gegen einen „politischen Katholizismus“. Beide trügen keine staatsbildende Kraft in sich, weil sie mit Ressentiments gegen den Staat erfüllt seien. Aber Dr. Dehler behauptete auch etwas allgemeiner, die Konfession schiebe sich zwischen den Einzelnen und den Staat, statt sie zu verbinden: deshalb sei eine konfessionelle Partei eine große Gefahr. Und schließlich erklärte er: „Wenn ich mir ein Deutschland vorstelle, das von Prälaten und Oberkirchenräten regiert wird, dann wird mir bang.“

Dann kam der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Dr. Reinhold Maier, der am 28. Juni auf dem Bundesparteitag der FDP in Lübeck eine Rede hielt, die gleichfalls viel Staub aufwirbelte. Er sprach von Leuten, denen „aus allen Knopflöchern der konfessionelle Egoismus größter Art herausguckt“ und die an einer Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit gar nicht interessiert seien, sondern meinten: „Dieses Land jenseits der Elbe, das klassische Land der Reformation, kann gar nicht lang genug sein, wo der Pfeffer wächst.“

Am 28. Juni ereignete sich auch der Zwischenfall von Ochsenfurt, von dem in Nr. 5/6 der „Evangelischen Verantwortung“ ausführlich die Rede war. Im Zusammenhang mit diesen an sich vermeidbaren und darum um so bedauerlicheren Vorkommnissen haben sich Leute gefunden, die so taten, als wären gerade sie zur Verteidigung der evangelischen Christen berufen – Leute, von deren Bindung an das Christentum man bisher überhaupt noch nichts gehört hatte.

Es folgte Vizekanzler Franz Blücher. Dieser griff am 5. Juli auf einer FDP-Versammlung in Waldshut/Hochrhein die Kulturpolitik der CDU in Baden-Württemberg an. Er erklärte, die FDP wolle nicht, daß „anonyme Gewalten den Staatsbürger in seiner freien politischen Entscheidung behinderten“.

Als Nächster erhob Bundestagsabgeordneter August Martin Euler, der Landesvorsitzende der hessischen FDP, seine Stimme und erklärte in einem Interview mit dem Organ der Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland, „Kirche und Mann“, unter anderem: „Die FDP begrüßt als christliche Partei die sichtbar gewordene Aktivität der evangelischen Kirche bei der Lösung der politischen und sozialen Fragen.“ Euler sagte allerdings nicht, daß sich die FDP – besonders in den Ländern – allzu häufig auf die Seite der Sozialdemokraten gestellt hat, wenn es sich um ausgesprochen christliche Anliegen handelte.

Und dann kam noch einmal Dr. Reinhold Maier, fiel über den württembergischen evangelischen CDU-Politiker Wilhelm Simpfendorfer her und behauptete im gleichen Atemzuge: „Der Bundeskanzler geht durch dick und dünn mit der Kurie.“

Allen diesen hier erwähnten Beispielen ist eines gemeinsam: Gewisse Leute geben sich den Anschein, als zögen sie gegen den sogenannten „politischen Katholizismus“ zu Felde und wollten die Anliegen der Evangelischen verteidigen. In Wirklichkeit geht es ihnen jedoch nur um den Versuch, die Zusammenarbeit evangelischer und katholischer Christen auf dem Boden der CDU/CSU zu stören. Sie sind keine Anwälte der evangelischen Sache, sondern Gegner einer Politik aus christlicher Verantwortung. Sie haben kein Recht, bei ihren Wahlreden – und um solche handelt es sich – den Geist der Reformation zu beschwören und damit zu mißbrauchen.

Die CDU/CSU ist die einzige neue Partei, die nach dem Kriege mit dem Ziel einer politischen Zusammenarbeit evangelischer und katholischer Christen gegründet wurde. Alle übrigen Parteien – von Splittergruppen abgesehen – haben schon früher bestanden und sehen heute keine andere Möglichkeit eigener Ausweitung mehr, als der CDU/CSU die evangelischen Wähler abspenstig zu machen. Hätten diese Bemühungen Erfolg, dann würden die evangelischen Wähler aufgesplittert. Wenn sie aber in verschiedenen Lagern stehen, wird ihre Stimme im politischen Raum paralysiert und sie sind nicht mehr in der Lage, ihre Anliegen mit der Kraft der Geschlossenheit durchzusetzen.

Dr. Thomas Dehler wie Dr. Reinhold Maier und alle anderen, die es angeht, mögen zur Kenntnis nehmen: Die evangelischen Christen, die sich in der CDU/CSU mit ihren katholischen Freunden zu gemeinsamer Arbeit für unser deutsches Volk zusammengefunden haben, fühlen sich stark genug, ihre Interessen selbst zu vertreten. Sie lehnen die übereifrige „Hilfe“ von Leuten ab, die mit einem evangelischen Christentum so wenig zu tun haben, daß es unverständlich und unglaublich ist, wenn sie sich auf einmal als Anwälte evangelischer Anliegen aufspielen. Gelegentlich tun dies auch die Sozialisten, und man weiß, was man von Wölfen im Schafspelz zu halten hat. Gegenüber gleichartigen Versuchen von liberaler Seite aber möchten wir das Wort Martin Luthers zitieren: „Herr, bewahre mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden werde ich mich selbst zu schützen wissen!“

Dr. K.

POLITISCHER QUERSCHNITT

Todesbilanz des 17. Juni

Der abgesetzte Staatssicherheitsminister der Sowjetzone, Zaiser, berichtete am 14. Juni – 26 Tage nach dem Volksaufstand – dem Beauftragten der sowjetischen Geheimpolizei bei der sowjetischen Hochkommission, Oberst Ilnitzki, in einem geheimen Memorandum über die wirkliche Zahl der Toten. Danach haben die Unruhen des 17. Juni und der folgenden Tage insgesamt 569 Todesopfer gefordert. Unter ihnen befinden sich 267 Demonstranten und 116 SSD- und SED-Funktionäre. Dazu kommen 141 standrechtlich erschossene und 14 von sowjetzonalen Gerichten zum Tode verurteilte „Provokateure“. Allein 52 Volkspolizisten und SSD-Angehörige wurden, zumeist wegen Befehlsverweigerung, hingerichtet. Diese Todesbilanz Zaisers steht im krassen Widerspruch zu der offiziellen Verlautbarung Pankows, in der nur von 25 Toten die Rede war.

Wie der Evangelische Pressedienst mitteilt, fand am 18. Juli in der orthodoxen Kirche von Frankfurt a. M. ein Trauergottesdienst für 22 sowjetische Soldaten, darunter drei Offiziere, statt, die nach dem 17. Juni standrechtlich erschossen worden waren. Die Hingerichteten hatten sich geweigert, auf deutsche Arbeiter zu schießen.

Kooperation mit dem Bolchewismus

Aus zuverlässiger Quelle verlautet: Das von der Gesamtdeutschen Volkspartei (Heinemann, Wessel, Bodensteiner) für Hessen mit der „Nationalen Partei Deutschlands“ (NPD) zusätzlich geschlossene Wahlbündnis wurde von zuständiger amtlicher Seite in Hessen als Kennzeichen für den Ostkurs der Gesamtdeutschen Volkspartei charakterisiert. Die NPD, eine Splittergruppe, die im Raum Marburg und Kassel bei den letzten hessischen Landtagswahlen im Jahre 1950 erfolglos auftrat, repräsentiere eine nationalbolchewistische Richtung; es sei erwiesen, daß diese Gruppe, deren Sprecher der General a.D. Wolf Ewert in Bad Nauheim und Daniel Duelfer in Marburg seien, Beziehungen zur „Nationaldemokratischen Partei“ (NDP) der Sowjetzone unterhalte und auch mit Geldmitteln aus Quellen jenseits der Zonengrenze versorgt werde.

Niemöller kam nicht zur Synode

Der kürzliche „Wahlruf“ des hessischen Kirchenpräsidenten D. Martin Niemöller war am 4. und 5. August das Thema einer Sondertagung der Kirchensynode von Hessen und Nassau. Obgleich der Synodalvorstand ihn dringend gebeten hatte, wenigstens der ersten Sitzung beizuwohnen, erschien Niemöller nicht. Der Kirchenpräsident begründete seine Weigerung damit, daß er nicht nur der Synode von vornherein das Recht absprach, die Sache zu verhandeln, sondern auch die ordnungsgemäße Einberufung der Synode bestritt. Der Präses der Synode, Wilhelmi, stellte dagegen fest: er allein trage die Verantwortung für die Einberufung. Der ehemalige hessische Kultusminister und Synodale Stein mißbilligte in der heftig geführten Debatte, daß Niemöller entgegen dem Beschluß der Synode vom 29. November 1950 keine Zurückhaltung bei politischen Äußerungen geübt, unnötige Schärfen nicht vermieden und sich auch des anempfohlenen brüderlichen Rates nicht bedient habe. Mit 77 gegen 56 Stimmen erteilte die Synode nach etwa zehnstündiger Diskussion dem Kirchenpräsidenten eine Rüge.

Vier Fragen an die SPD

Der Bundesparteivorstand der Christlich-Demokratischen Union richtete am 31. Juli an den SPD-Vorsitzenden Ollenhauer die folgenden vier Fragen:

1. Glaubt die SPD, zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit ohne Zusammengehen mit den demokratischen Kräften der freien Welt kommen zu können?
2. Welche anderen Möglichkeiten sieht die SPD für das Zusammengehen mit dem Westen außer der von der Bundesregierung gewählten Zusammenarbeit, wie sie durch die Montanunion und die Verteidigungsgemeinschaft bereits verwirklicht worden ist?
3. Glaubt die SPD, daß die Sowjets jemals zur Einsicht gebracht werden können, wenn man Viermächteverhandlungen und Wiedervereinigung fordert, ohne daß hinter dieser Forderung eine eindrucksvolle weltpolitische Position der Bundesrepublik steht, wie sie durch die Politik der Bundesregierung geschaffen wurde?
4. Ist die SPD der Auffassung, daß Deutschland weder mit der Sowjetunion noch mit den Mächten des freien Westens zusammengehen soll?

Erich Ollenhauer erklärte dazu am 3. August, die Sozialdemokratie habe es nicht nötig, auf schulmeisterliche Fragen zu antworten.

Der SPD-Pressedienst lehnte einen Tag später nicht nur die Fragen der CDU als „demagogisches Wahlmanöver“, sondern auch erneut die Einigung Europas ab und führte zur Unterstreichung und Begründung dieser Haltung die Stimmen prominenter Sozialdemokraten an. Der Pressedienst „vergaß“ dabei allerdings eine der entscheidenden

Äußerungen Dr. Kurt Schumachers, der im November 1949 betont hatte: „....erklären wir unseren guten Willen zu den heutigen europäischen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Frankreich, den Staaten der Benelux-Konvention und Italien einfach deshalb, weil wir die Tendenzen unterstützen wollen, die über das Nationalstaatliche und Nationalwirtschaftliche hinausgehen.“

Derselbe SPD-Pressedienst, der heute im Auftrage seiner Partei die Politik der Bundesregierung als „kleineuropäisch“ und „die Wiedervereinigung Deutschlands verhindernd“ diffamiert, hatte noch am 27. Dezember 1950 geschrieben: „Der Westen kann nun einmal, so wie die Dinge liegen, auf eine maximale Kraftentfaltung als Gegengewicht zu der östlichen Ballung von Macht und Gewalt.... nicht verzichten, weil er sich sonst selbst in eine unmögliche Ausgangsposition für jede Verhandlung mit dem Gegner bringen würde.“

Wir fragen: Was will nun eigentlich die SPD – hü oder hott?

Peinlicher Gleichklang

Der SPD-Pressedienst nahm am 23. Juli zum Kommuniqué der Washingtoner Außenminister-Konferenz vom 13. Juni mit einer Tendenz Stellung, die grundsätzlich mit dem Kommentar der „Prawda“ zum gleichen Ereignis übereinstimmt. Der peinliche Gleichklang der sozialistischen und bolschewistischen Agitation wird in den nachstehenden Zitaten besonders deutlich:

„Prawda“:

„Es ist nicht von ungefähr, daß im Washingtoner Dokument unverblümt das Bestreben der drei Mächte betont wird, die Bemühungen zur Verwirklichung des Planes der Aufstellung einer 'Europaarmee' fortzusetzen.“

„Das Washingtoner Kommuniqué war nicht von Sorge für die Lösung des Deutschland-Problems, sondern vom entschiedenen Streben der herrschenden amerikanischen Kreise diktiert, Adenauer an der Macht zu erhalten....“

„Zu diesem Zwecke werden nun auch die neuen Versuche unternommen, die geschwächten Positionen Adenauers in Westdeutschland zu festigen.“

SPD-Pressedienst:

„Noch immer bestehen die Westalliierten auf der militärischen Integration auch eines vereinigten Deutschlands mit dem Westen, einer der Sowjetunion wohl kaum zumutbaren Belastung.“

„Aus Sorge um die Wahlaussichten Adenauers stimmten schließlich die USA der Viererkonferenz zu, allerdings mit vielen Wenn und Aber und unter Bedingungen, die einen Erfolg in Frage stellen..“

„Die Rücksichtnahme auf das parteipolitische Bedürfnis eines Mannes, ein wohl seltener Vorgang in der neueren Geschichte, war das bestimmende Element in den Washingtoner Diskussionen.“

Moskaus Antwort: enttäuschend

Die Sowjetunion hat in der Nacht zum 4. August in drei gleichlautenden Noten an die Westmächte auf die letzte Deutschland-Note der drei Außenminister zur Wiederherstellung der deutschen Einheit reagiert. Die Antwort des Kreml wurde in den westlichen Hauptstädten übereinstimmend als „enttäuschend“ bezeichnet, weil die Sowjets sich zwar mit einer Viererkonferenz einverstanden erklärt hätten, ihre Bedingungen aber nach wie vor auf eine Neutralisierung und damit Isolierung Deutschlands hinausliefen.

Ohne dadurch einer offiziellen Stellungnahme der Westmächte zu dieser Moskauer Note vorgreifen zu wollen, fragte der Bundeskanzler am 5. August auf einer Kundgebung in Trier die Sowjets:

1. Warum gibt die Sowjetunion keine Antwort auf den Vorschlag, freie Wahlen in ganz Deutschland abzuhalten?
2. Warum läßt die Sowjetnote nicht erkennen, ob der Kreml von seiner bisherigen These, daß der Friedensvertrag nur unter den vier Mächten ausgehandelt und Deutschland auferlegt werden soll, abgeht?

3. Ist die Sowjetunion gewillt, einer gesamtdeutschen Regierung außen- und innenpolitische Handlungsfreiheit zuzubilligen?
4. Wird die Sowjetunion bereit sein, die Sicherheit Europas und damit Deutschlands zu gewährleisten?

Mit Ausnahme des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer sieht die gesamte westliche Welt die Sowjetnote vom 4. August als einen Rückschritt gegenüber der letzten Note aus Moskau vom 23. August 1952 an: die Forderungen stünden in krassestem Gegensatz zu der seit Stalins Tod so auffallend betonten Bereitschaft zur Verständigung mit den Westmächten über Deutschland unter dem Schlagwort „Friedensoffensive“.

Aktionseinheit KPD/SPD/DGB verwirklicht?

Folgende Meldungen der Presse blieben bisher ohne ein Dementi:

1. Der KPD-Vorstand hat angeordnet, während des Wahlkampfes die Agitation der SPD nicht zu stören: „Eine solche Politik entspricht der Notwendigkeit, den gemeinsamen Feind zu schlagen, und läßt uns das Vertrauen der SPD-Genossen gewinnen.“
2. Der Zweite Vorsitzende der KPD, Geittner, hat die Zurückziehung der KPD-Schulungshefte Nr. 6 und 7 aus der Agitationsarbeit angeordnet. Diese beiden Hefte befaßten sich mit den „Schandtaten der SPD“.
3. Der Betriebsratvorsitzende der Teutonia-Zementwerke, Hannover-Misburg, erklärte zur Kritik des Bundeskanzlers, der Koalitionsparteien und der christlichen Arbeitnehmer am Wahlauftritt des Deutschen Gewerkschaftsbundes: „Der DGB und die Arbeiterparteien müssen gemeinsam handeln, die Gewerkschaftsmitglieder müssen ihre Stimmen hundertprozentig den Kandidaten der Arbeiterparteien SPD und KPD geben.“
4. Sekretär Fischer von der Industrie-Gewerkschaft Holz erklärte auf einer Versammlung in Melzingen, Kreis Uelzen: „Wenn die beiden Arbeiterparteien sich streiten, dann leidet die gesamte Arbeiterklasse darunter, Adenauer aber hat den Nutzen davon!“
5. Dr. Kurt Schumacher erklärte 1948 in seinem Buch „Nach dem Zusammenbruch“ auf Seite 73: „Aus der Erkenntnis, daß es jetzt nötig ist, großen Teilen des Volkes soziale Hilfe zu bringen, bejahen wir.... ohne Vorbehalt die praktische Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei.... Aus dieser praktischen Zusammenarbeit ohne den Versuch der gegenseitigen Überlistung entsteht eine Atmosphäre, die für die mögliche Einigung in der Zukunft bessere Bedingungen schafft....“

post scriptum: Die Fusion der sowjetzonalen KPD und SPD zur SED erfolgte bereits am 21. April 1946 – das Buch Dr. Schumachers erschien zwei Jahre später.

Ein Funktionär – zwei Meinungen

Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer erklärte am 7. August vor der ausländischen Presse in Bad Godesberg: falls nach den Wahlen eine SPD-Regierung zustande komme, werde sie ihre Aufgabe – Wiedervereinigung durch Verhandlungen mit Vorrang vor der Integrationspolitik – „e r f ü l l e n im Rahmen der in den Verträgen vorgesehenen Revisionen und unter Beachtung der vertraglichen Verpflichtungen und Vereinbarungen, die die Bundesrepublik in der Vergangenheit in Übereinstimmung mit ihrer Verfassung angenommen hat“!

Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer erklärte 6 Tage später auf einer Versammlung von Funktionären seiner Partei in Hannover, die SPD-Fraktion im kommenden Bundestag werde die Verträge mit der gleichen Einmütigkeit **a b l e h n e n**, wie die SPD-Fraktion des ersten Bundestages.

Der CDU-Pressedienst fragt dazu: „Welche dieser beiden völlig verschiedenen politischen 'Konzeptionen' gedenkt also Herr Ollenhauer 'im Falle eines Falles' zu verwirklichen? Die, mit der er glaubt, sich dem Ausland gegenüber salonfähig machen zu

können, oder die, mit der er seine alten marxistischen Kampfgenossen bei der Stange zu halten sucht? — Oder wird er sich die 'Konzeption' des hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn (SPD) zu eigen machen, der am 29. Mai auf einer SPD-Kundgebung in Bielefeld gefordert hatte: 'Eine künftige deutsche (SPD-) Regierung sollte die deutsch-alliierten Verträge ad acta legen und in den Papierkorb werfen.' "

LEGENDE (zum Nachdenken)

Ein grausamer Wolf, hungrig und gierig, wanderte durch die Gegend und kam zu einer Wiese, die hoch mit Draht umzäunt war. Und in der Umzäunung weideten ruhig die Schafe.

Der Wolf machte einen Rundgang und suchte ein Loch im Zaun, fand aber keines. Er grub mit den Krallen die Erde auf und versuchte so, ein Loch unter dem Zaun zu machen, seine Bemühung war aber vergeblich. Er versuchte über den Zaun zu springen, erreichte aber nicht einmal die halbe Höhe. Dann erschien er vor dem Tor der Umzäunung und rief: „Friede, Friede! Wir sind alle Gottes Geschöpfe und müssen alle nach Gottes Gesetzen leben!“ Die Schafe preßten sich enger aneinander; und dann sagte der Wolf mit der Stimme der Erleuchtung: „Es lebe die Gesetzlichkeit! Es sei beendet ein für alle Male das Reich der Gewalt! Schließen wir Waffenruhe!“

„Gut!“ antworteten die Schafe — „Machen wir Waffenruhe!“, und fingen ruhig wieder an, das armselige Gras zu rupfen.

Der Wolf ließ sich vor dem Tor nieder, so brav, so brav, und blieb dort und verbrachte die Zeit, indem er lustige kleine Lieder sang. Von Zeit zu Zeit stand er auf und rupfte das Gras entlang des Metallnetzes.

„Uh, uh! Schau, schau!“ wunderten sich die Schafe. — „Er frißt das Gras genau wie wir! Hat man uns denn nicht gesagt, daß die Wölfe kein Gras fressen?“

„Ich bin kein Wolf!“ antwortete der Wolf. „Ich bin ein Schaf wie ihr. Ein Schaf von einer anderen Rasse.“ Dann setzte er ihnen auseinander, daß sich die Schafe aller Rassen für die gemeinsame Sache vereinigen müßten. „Warum“, sagte er schließlich, „gründen wir nicht eine demokratische Schafsfront? Ich stehe euch gerne zur Verfügung und verlange keinen führenden Posten, wenn auch der Gedanke von mir stammt. Die Stunde ist gekommen, daß wir uns für die gemeinsame Sache und gegen den gemeinsamen Feind, der uns schert, uns die Milch stiehlt und uns auf die Schlachtbank schickt, vereinigen!“

„Gut gesprochen!“ bemerkten einige Schafe. — „Wir müssen gemeinsame Sache machen!“

Und sie traten der demokratischen Schafsfront bei und öffneten eines schönen Tages dem Wolf das Tor, und der Wolf kam in die Umzäunung und wurde Anführer der kleinen Herde; da begann er, im Namen der Idee, die Säuberung aller antidemokratischen Schafe durchzuführen, und die ersten, die unter seinen Reißzähnen fielen, waren natürlich jene, die ihm seinerzeit das Tor aufgemacht hatten. Zum Schluß war

das Säuberungswerk beendet, und als kein Schaf mehr übrig blieb, rief der Wolf triumphierend: „Endlich ist das ganze Volk vereinigt und einig! Gehen wir nun eine andere Herde demokratisieren!“

(entnommen aus: „Das Ufer“ Nr. 12/53 – Seite 22)

EIN BUCH, DAS WIR EMPFEHLEN . . .

Das Evangelische Verlagswerk, Stuttgart, war gut beraten, als es sich zur Herausgabe des Buches „DEUTSCHLANDS AUFGABE – STIMMEN EVANGELISCHER POLITIKER“ (168 Seiten, broschiert, DM 6.50) entschloss. Acht evangelische Politiker – alle gehörten dem ersten Deutschen Bundestag an – nehmen Stellung zu den Fragen des öffentlichen Lebens, die in unseren Tagen gerade die evangelischen Christen bewegen. Es geht hier nicht um eine parteipolitische Publikation. Das zeigt schon die Tatsache, daß die acht evangelischen Autoren aus drei politischen Parteien kommen: aus der CDU, der SPD und der DP.

Die Verantwortung des evangelischen Christen gegenüber der Gestaltung des öffentlichen Lebens ist ihnen gemeinsames Anliegen. Aus dieser gemeinsam empfundenen Verantwortung heraus treten sie vor den evangelischen Volksteil, um ihm mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß die Heilkräfte gegen die zerstörenden Tendenzen unserer Zeit nicht aus der Politik als solcher kommen können. Sie richten ihren Ruf aber auch an die Kirche selbst mit einer Eindringlichkeit, die den Herausgeber im Vorwort fragen läßt: „Wird die Kirche diesen Ruf hören und diesen Dienst an der Welt und ihren Ordnungen leisten können?“

Es wäre jedoch grundfalsch anzunehmen, die evangelischen Politiker wollten sich damit der von ihnen geforderten p e r s ö n l i c h e n Entscheidung entziehen. Klar und eindeutig verleiht Bundestagspräsident D.Dr. Hermann Ehlers in seinem Beitrag „Zur ethischen Existenz des evangelischen Politikers in der Gegenwart“ dieser letzten und entscheidenden Verantwortung Ausdruck: „Die ethische Existenz des modernen evangelischen Politikers ist vielleicht die innerlich und äußerlich gefährdetste, die es gibt, weil er bei aller Weisung und allem Rat der Kirche und der Brüder letztlich dennoch allein vor Gott steht. Wir sollten erkennen, daß das aber unsere eigentliche Stärke ist.“

Das richtige Bild des Menschen als Geschöpf Gottes wiederzugewinnen und sich davon in der konkreten Welt der Ordnungen bestimmen zu lassen, erscheint den Verfassern der Beiträge als wesentliche Voraussetzung für eine Politik aus echter christlicher Verantwortung. Das notwendige Sicheinfügen des Menschen in die göttliche Schöpfungsordnung wird damit zur Selbstverständlichkeit. Gerade aus dieser Erkenntnis aber ergibt sich das Fundament einer Zuversicht, die unsere materialistische und atheistische Gegenwart wie ein Siegesruf durchdringt.

Dr. K.

U N S W I R D G E S C H R I E B E N

Daran denken – danach handeln!

....Seit etwa zehn Wochen sind wir Pfarrersleute aus der Sowjetzone mit unseren drei kleinen Kindern hier in Westdeutschland.... und dürfen als freie Menschen frei leben und atmen. Es ist uns ergangen wie den Gefangenen in der Oper des großen Sohnes der Stadt Bonn, Beethoven, als sie ans Licht geführt wurden nach furchtbarer Kerkernacht und gemeinsam den Chor anstimmten: „O welche Lust, in freier Luft zu leben!“ All unser Eigentum haben wir zurücklassen müssen, nicht ein Federbett besitzen wir zur Zeit; und dennoch: freudig wollen wir ans Werk gehen in der uns anvertrauten Gem inde! Wie froh wären wir, wenn wir unseren Brüdern und Schwestern im Osten bald die Hand reichen dürften in einem einigen Vaterland.

Gott der Herr schenke Ihnen allen, die Sie auf so verantwortungsvollem Posten in der Christlich-Demokratischen Union stehen, weiterhin rechte Kraft und Freudigkeit für Ihren schweren Dienst und Ihnen und uns endlich den Sieg unseres gemeinsamen Strebens, nämlich ein wiedervereinigtes Deutschland....

Möchten doch alle daran denken, wenn sie im kommenden Monat zur Wahlurne gehen...., und danach handeln!

G. C., Pfarrfrau (im Odenwald)

AN UNSERE LESER

Dieser Ausgabe liegen verschiedene Flugblätter des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU zur kommenden Bundestagswahl bei. Wir bitten unsere Leser, sie an Freunde und Bekannte weiterzugeben, und stellen weitere Exemplare gern kostenlos zur Verfügung. Entsprechende Anforderungen sind umgehend an die Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bonn, Görresstr. 40 (Ruf: 21131), zu richten.

Wir verweisen außerdem auf die beigelegte August-Nummer des bekannten Organs der Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland, „Kirche und Mann“, deren Lektüre wir sehr empfehlen können.

Die Red.